

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Gintchel u. Dr. Franz Lüdike in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M., Einzelnummer 20 Pf., u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textzeile 1.20 M.

Nr. 10.

Berlin, 3. März 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: S. 88: Polnische Propaganda in deutscher Sprache. | S. 91: Adolf Hitler und der Osten. — Sir Robert Dunsford. — „The Polish Corridor“. — Die Insel Rügen. | S. 92: Das Ende der Selbstverwaltung. — Die deutschen Wollereien. | S. 13: Polen verlangt Polizeibefugnisse in Danzig. — Die die Raubergabteilung in Danzig. | S. 14: Jüdisches Volk. — Der Deutsche Volksverband in Polen. — Die polnischen „Judenräuber“. — Ein Bericht. | S. 15: Vertrauensverhältnis zu den Polen? — „Slawische Welt“ in Berlin. — Die gewaltige Mißwirtschaftspolitik. — Polen-Hörner Christi. — „Dienst Verläßt“ bedeutet. — Bücher. | Beiträge: „Ostbund- und Heimatnachrichten“, „Die schmerzhafte Ironie“, Unterhaltungsbeilage: „Deutsche Worte an der Ostfront“.

Bundestagung 1933.

Das Gesamtpräsidium des Deutschen Ostbundes hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die diesjährige Jahrgangsgemäße Bundestagung am 26. und 27. Mai in Berlin

abzuhalten (am 25. Mai ist Himmelfahrt). Der Tagungsplan und die Tagesordnung der Vertreterversammlung werden demnächst mitgeteilt.

Wir machen darauf aufmerksam, daß Anträge der Vertreterversammlungen der Landesverbände, soweit sie Satzungsänderungen betreffen, sechs Wochen vorher bei der Bundesleitung eingegangen sein müssen, andere Anträge der Vertreterversammlungen der Landesverbände spätestens acht Tage vor der Tagung.

Wahlausruf des Deutschen Ostbundes.

Wir Ostmärker und alle Deutschen, die für die Beseitigung des Unrechts im Osten kämpfen, müssen uns bewußt sein, daß es sich bei der Wahl am 5. März für uns um die entscheidungsvollste Stunde seit dem Dezember 1918 handelt, als Polen verloren ging. Das deutsche Volk muß wieder wie im August 1914 von einem einheitlichen Willen durchdrungen werden und die im Mai 1919 nicht aufgetragene Entscheidungsfähigkeit beweisen, alles für den deutschen Osten einzusetzen. Eine Grundlage für dieses Ziel ist durch die Bildung der nationalen Regierung geschaffen, und wir wissen von dieser Regierung, daß sie gewillt und befähigt ist, nach der Wahl auch durch ihr Handeln die Gewähr dafür zu geben, daß die Belange des deutschen Volkes im Osten beibehalten und gewahrt sind. Wir fordern daher diejenigen, die im Geiste mit uns in freudiger Hingabe verbunden sind, auf, durch entsprechende Ausübung ihrer Wahlpflicht für die Zukunft des Ostens und unseres Vaterlandes einzutreten.

Berlin, den 25. Februar 1933.

Das Gesamtpräsidium des Deutschen Ostbundes.

Polnische Propaganda in deutscher Sprache.

Bücher in polnischer Sprache werden im Ausland nicht gelesen. Wenn sich die polnische „wissenschaftliche“ Propaganda dem Auslande verständlich machen will, muß sie sich schon fremder Sprachen bedienen. Diesen Weg zum nichtpolnischen Leser haben die Polen in den letzten Jahren in zunehmendem Maße befolgt. Dabei scheint der polnischen Propaganda besonders viel an der „Aufklärung“ der deutschen Öffentlichkeit über die Ostfrage zu liegen. Die Absicht einer solchen polnischen Propaganda in deutscher Sprache liegt auf der Hand: Es kommt ihr darauf an, die Geschlossenheit der deutschen „Meinungs- und Willensbildung hinsichtlich der Rechte und der Aufgaben des deutschen Volkes im Osten zu sprengen. Zu letzter Zeit sind vier polnische Bücher in deutscher Sprache erschienen: Einmal von dem Krakauer Universitätsprofessor Wacław Sobiech über die geschichtliche Entwicklung Polens von den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart, ein anderes von Bohyrecki, dem Präsidenten der polnischen Eisenbahnergewerkschaft, in Danzig, über die Streit Stadt Danzig und zwei weitere von Dr. Rymaszewski 1932 u. a. über die angebliche politische Parteilichkeit der deutschen geographischen Wissenschaft sowie über die Bevölkerungs- und Wirtschaftsverhältnisse

im westlichen Polen. Von diesem letzteren Buche soll in folgenden die Rede sein.

Die Verfasserin, die aus dem Polenschen stammt, war bis vor kurzem als Studentin am polnischen Gymnasium in Danzig und ist jetzt in gleicher Eigenschaft in Gdingen tätig. Sie bezeichnet ihr Buch als eine Entgegnung auf Hermann Kaufmanns Werk über „Die Entdeutschung Westpreussens und Posen“; es ist die erste Entgegnung, die von polnischer Seite auf dieses Werk bisher gemacht worden ist. Wenn man annimmt, die polnische Verfasserin würde sich mit dem eigentlichen Gegenstand des Kaufmannschen Buches, nämlich mit der Verdrängung der Deutschen aus den entliehenen Gebieten, befassen, so wird man enttäuscht. Sie spricht fast gar nicht über die letzten 13 oder 14 Jahre, sondern beschäftigt sich nahezu ausschließlich mit der ferneren Vergangenheit, namentlich mit der prähistorischen Polnischpolitik von den Kelten an bis zum Weltkrieg hinauf. Und sie hat es sich dabei zur Aufgabe gesetzt, aus der Vergangenheit den Rohmaterial zu erbringen, aus dem die deutschen Ostpolitik von 1918 bis 1919 kulturell und moralisch minderwertige Subjekte geseelen sind, die entweder mit List und Gewalt in die slawischen Gebiete einbrachen oder

60er Jahren doch eine völlig unbehinderte Entwicklung durchmachen konnten, vergleicht. Das Polener Polentum ist nicht so von ungefähr zum wirtschaftlich fähigen und kulturell fortgeschrittenen Teil des polnischen Gemeinwesens geworden. Darauf geht die Jersma frohlich nicht ein. Sie sagt nichts davon, daß der Martinkowkijverein, der die Grundlagen für die Bildung eines polnischen Mittelstandes gelegt hat, vom preußischen Staat moralisch und finanziell unterstützt und überhaupt erst lebensfähig gemacht worden ist. Sie sagt nichts darüber, daß dem Genossenschaftswesen, das dem zum höchsten wirtschaftlichen und moralischen Rückhalt des Polener Polentums wurde, größtenteils von deutschen Banken die Mittel zur Verfügung gestellt worden sind, die lange Zeit in den eigenen Reihen und auch bei den reichen polnischen Grundbesitzern vergebens gesucht worden mußten. Sie sagt nichts darüber, wie es eigentlich kam, daß die Polen in Polen und Dommerellen zu den Menschen geworden sind, die sich jetzt — ganz mit Recht — so lebensfähig gegen die kulturelle und soziale Überfremdung durch die „Barbarischen Aloten“ auflehnen. Warum sagt sie denn darüber nichts? Weil sie dann zugeben müßte, daß es das viel verächtliche und offenerfluchte Preußen ist, dem die Polen der „Westgebiete“ sehr viele und nicht die schlechtesten Eigenschaften und Fähigkeiten verdanken.

Worauf die Jersma den größten Wert legt, das ist, wie gesagt, die Behauptung, daß das Deutschland in den entworfenen Gebieten nicht heimatsorientiert gewesen sei und daß es nur aus anderen Anlässen, des deutschen Zusammenstiebes, bedurft habe, um ein ganz „freiwiliges Zugzug“ zu bewegen. Wir durch nichts über die tatsächliche Unterstützung und Förderung, sagt sie, nur durch fortgesetzte materielle Zusammenhänge habe das Deutschland schon in preußischer Zeit von der Abwanderung „ins Reich“ zurückgehalten werden können. Es ist gewiß keine Kunst, in einen hundert Aktenbänden einige possende Beispiele dafür zu finden, daß deutschen Siedlern, Handwerklern, Verbänden, Beamten und Angehörigen der freien Berufe ohne Not öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt worden sind und daß mancher die günstige Gelegenheit, solche Mittel zu erlangen, mißbraucht hat. Aber es geht nicht an,

wegen der Oltmarkenzugabe gegen das preußische Vortrument der gemäßigten Gebiete den Vorwurf der Minderwertigkeit zu erheben. Es geht nicht an, aus dem Beispiel eines Triples, der sich aus dem Dispositionsfonds jährlich 1800 Mark ausbezahlen ließ, zu schließen, daß die deutsche Reichspolitik Polens nichts wert war und daß hier „künstlich überflüssige Existenz“ geschaffen worden ist. Es geht nicht an, aus der Tatsache, daß manche Angehörige ihren Boden als Spekulationsobjekt betrachtet haben, auf ein „ungeheures Heimatbewußtsein“ des Angehörigen schließlich zu schließen, das übrigens nicht geringen Teil aus dem Reiben des alttingesessenen Deutschums der Oltprovinzen gekommt hat. Es geht nicht an, so schließlich und vor allem gemein, wie die Jersma es tut, von der „Jahmosen der deutschen Suts- und Selbstler“ zu sprechen, „die sich aus dem Suts der deutschen Angehörigenkommissionen berichten mochten“. Man kann die Gefühle des Deutschums in den ehemaligen Oltmarken nicht bloß nach der Politik des preußischen Staates, wie sie sich vielleicht in manchen Akten niederspiegelt, beurteilen. Die deutschen Menschen dort waren besser als die Politik, die man mit ihnen getrieben hat.

Man sollte meinen, daß ein Volk, das kaum Worte findet, um seine moralische Enttötung über die preußische Polentpolitik zum Ausdruck zu bringen, jetzt, wo es im Besitze eines eigenen Staates ist, den größten Wert darauf legt, ein leuchtendes Beispiel in der loyalen Behandlung der ihm ausgelieferten fremdnationalen Volksteile zu geben. Aber selbst die großen Freunde und Gegner in Versailles scheinen zu den moralischen Qualitäten ihres politischen Schätzes kein allzu großes Vertrauen zu haben. Saut hätten sie es wohl kaum für nötig gehalten, dem niederstehenden Polen den Minderheitenvertrag aufzuerlegen. Wie berechtigt dieses Mißtrauen war, das hat die Entwicklung seit dem Krieg in einem ungeheuren Ausmaße bewiesen. Ist es nicht Domowiki, der „Bater des polnischen Staates“, gemeldet, der seine Volksleute als „eine Horde losgelassener Sklaven“ bezeichnet hat? Hat nicht Kierki, einer der höchsten Richter dieses Staates, „die Politik der Deutsche“ als Motiv der Minderheitenpolitik proklamiert? Darüber hat Raushing gesprochen. Und darüber hat die Jersma geschwiegen. Dr. M.

Revisionsfragen.

Wolff Hitler und der Osten.

Im Anschluß an den katholischen Gottesdienst veranstaltete der polnische Weltmarkenverein in Pilschn folgende „innovelle“ Kundgebung: Vor der Kirche war ein folgendes errichtet worden. In ihm schloß man ein „ausgestopfte“ Puppe hin, die den Reichskanzler Adolf Hitler darstellen sollte. Die Puppe trug das Braumband der Nationalsozialisten mit dem Hakenkreuz. An dieser Puppe wurde zunächst eine „Hinterziehung“, mit Aufhängen des Kopfes vollzogen. Dann wurde sie auf einen Scheiterhaufen gestellt und verbrannt. Umstehende Kinder und andere Teilnehmer dieses blöden Aufzuges machten sich jedoch daran, die Asche der verbrannten Puppe auf dem Marktplatz zu zerstreuen.

Der Reichskanzler, Adolf Hitler, hat die Politik des Reiches leitet, in Polen eine allgütige Erleuchtung geworden. Die polnischen Demonstrationen verfehlen nur eines: Sie können Deutschland mit seinem Offenthalten nicht imponieren und die Reichsregierung nicht von der weiteren Verfolgung eines für ganz Deutschland feststehenden Zieles abbringen.

„Staatsgrenzen“, so schreibt Adolf Hitler in seinem „Bekanntmachung „Mein Kampf“, werden durch Menschen geschaffen und durch Menschen geändert.

Das Recht auf Grund und Boden kann zur Pflicht werden, wenn ohne Bodenvermehrung ein großes Volk dem Untergang gemeint erscheint. Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein.

Wir leben dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten grenzt hat. Wir kloppen den ewigen Germanenjug nach Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und geben über zur Bodenpolitik der Zukunft.

Sir Robert Donald.

Sir Robert Donald hat im Alter von 70 Jahren der bekannte Publizist Sir Robert Donald, der — während des Krieges Leiter der englischen Reichspropaganda gegen die Mittelmächte — dem Krieg in die Reihen der mutigen englischen Kämpfer für eine Revision des Versailles-Diktates, insbesondere der deutschen Oltmarken, eintrat. Robert Donald war bis 1926 Chefredakteur des liberalen „Daily Chronicle“ und als solcher englischer Mitarbeiter Lloyd Georges. Er hat sich als guter Geschichtskenner einen Namen gemacht. In Deutschland wurde er vor allem durch seine zahlreichen Artikel zur Oltmarkenfrage und durch seine Bücher über das Saargebiet, über „Die Tragödie von Eriancien“ und den „Polnischen Korridor und seine Folgen“ bekannt, in denen er die territorialen Bestimmungen der Diktate von Versailles und Eriancien scharf und treffend kritisiert hat. Seinen auf eigener Sacht- und Ortskenntnis fußenden Revisionsforderungen hat die polnische Propaganda nichts anderes als den be-

leidigenden Vorwurf entgegengesetzt, daß Robert Donald von deutscher Seite bestochen und gekauft worden ist. Diese persönliche Verunglimpfung kann nicht hindern, daß die Bücher Robert Donalds, der in den letzten Jahren ein mit Mac Donald befreundeter, der in der englischen Versailles-Literatur einen bevorzugten Platz einnehmen.

„The Polish Corridor.“

Die polnische Propaganda hat eine neue englische Broschüre unter dem Titel „The Polish Corridor“ herausgegeben, in der die Ansprüche Polens auf Dommerellen und den Korridor begründet werden sollen. Der Verfasser verdrängt sich unter dem Pseudonym „Oberer“. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Verfasser „Oberer“ ein polnischer „Minderheits-Reporter“ ist.

Die Insel Rügen.

„Mädchen der von Deutschland noch unterdrückten polnischen Insel Rügen grüßen vorbeifahrende polnische Kriegsschiffe.“ So war unter einem in der amerikanischen Presse erschienenen Bild zu lesen. Das Bild zeigt eine plumpe Fälschung von selbst sich selbst. Das schließt aber nicht aus, daß die Unterfertigung, die dem Bilde gegeben worden ist, bei den amerikanischen Lesern solche Vorstellungen weckt. Das Bild ist nur ein Beweis mehr für die systematische Verlogenheit, mit der die polnische Propaganda in Amerika die Polen als die Leidtragenden des Versailles-Diktates, denen im Jahre 1919 polnische Gebiete widerrechtlich vorenthalten worden sind, hinführen versucht.

Es sei hierbei an einen anderen Fall, der gleichfalls die Insel Rügen als Ziel polnischer Propaganda erscheinen ließ, erinnert. Aus Anlaß der polnischen polnischen Landesausstellung von 1929 gab die polnische Polentpropaganda u. a. eine Broschüre heraus, die das Bild einer heidnischen Gottheit zeigte. Wenn sich jemand die Mühe machte, ein Konversationslexikon zu befragen, konnte er feststellen, daß das Markbild eine vor der Christianisierung der Insel Rügen dort verehrte heidnische Gottheit darstellen sollte. Es ist kaum anzunehmen, daß die polnische Polentpropaganda mit dieser Broschüre eine Demonstration gegen das Christentum beabsichtigt hatte; es bleibt also nur die Annahme, daß hier die Erinnerung an die frühere slawische Besiedlung Rügens wohlgerufen und ein „ethnographischer Anspruch Polens“ auf diese Insel dokumentiert werden sollte.

Der Ostbund hift Dir!

Wißt Du ihm helfen? Dann wirb Mitglied für ihn und Helfer für sein „Ostland!“ Dadurch förderst Du wirksam die uns allen gemeinsame Sache der Oltmark!

Das Ende der Selbstverwaltung.

Am 15. Februar ist im Warschauer Sejm die sog. Kleine Verwaltungsreform in dritter Lesung angenommen worden. Die gesamte Opposition hat sich gegen diese Reform, die die Selbstverwaltung in den Wojewodschaften und Kommunen praktisch beseitigt, erklärt. Der Regierungsklub aber im Sejm und Senat bekanntlich, erklärt die absolute Mehrheit verfügt, sind die Proteste natürlich erfolglos geblieben. Das Pilsulski-Regime hat hier einen neuen wesentlichen Schritt auf seinem Wege zur völligen Ausschaltung der nationalen Minderheiten, aber auch der polnischen Oppositionsgruppen, von der Mitwirkung am öffentlichen Leben Polens vorwärts getan. Ebenso wie es im dem Geheymrat zur Regelung der inneren Verwaltung der Wojewodschaften Schließen vorgesehen ist, wird auch hier die Selbstverwaltung in ihrem Maße beseitigt. Das Recht der Kommunen usw., ihr Leben durch selbstgewählte Vertreter leiten zu lassen, gehört jetzt im modernen Polen der Vergangenheit an. Die der Warschauer Zentrale unterstellten Beamten bestimmen in Zukunft, welche Wege das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Kommunen zu beschreiten hat. Besonders nachteilig wirkt sich das naturgemäß auf die ehemals preussischen Gebiete mit ihrem hochentwickelten Selbstverwaltungsweisen auf die nationalen Minderheiten aus, die durch die Bestimmung, daß das polnische Wahlrecht nur solchen polnischen Bürgern zusteht, die in Wort und Schrift die polnische Sprache beherrschen, praktisch von jeder aktiven Beteiligung in den Selbstverwaltungskörperschaften ausgeschlossen werden.

Die Vertreter aller nationalen Minderheiten haben in scharfer und scharfer Form gegen die Kleine Verwaltungsreform protestiert. Der Abgeordnete Kosumek gab im Namen des deutschen Klubs folgende Erklärung ab: „Das uns vorliegende Selbstverwaltungsgesetz bietet im Vergleich zu dem bestehenden keine Vorteile, im Gegenteil: es bedeutet eine Rückwärtsentwicklung. Die Bevölkerung des Landes, die in den nächstschweren Jahren dank einem demokratischen Wahlrecht über die Belange ihres Ortes mitzubestimmen, wird nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nur noch die Befehle der Behörden einer einzigen politischen Partei auszuführen haben. Der Aufsichtsbehörde werden zu viel Rechte eingeräumt, da sowohl die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane, wie auch ihre Beschlüsse durch die Behörden bestätigt werden müssen. Dadurch, daß die gewählten Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane sich Sprachprüfungen unterziehen sollen, die ihnen, wie die Praxis beweist, meistens wider die deutsche Minderheit aus der Selbstverwaltung ausgeschlossen, weswegen der Deutsche Klub das Gesetz ablehnen muß.“

Der Führer der ukrainischen Unbo, Lemicki, wandte sich gleichfalls heftig gegen das Gesetz und gab eine grandiosere Erklärung über die unveränderte Haltung der Unbo in der ukrainischen Frage ab. „Das Selbstverwaltungsgesetz bedrohe die Zukunft des ukrainischen Volkes. Der Art. 4 des Gesetzes, in welchem von den Mitgliedern der Selbstverwaltungsorgane die Kenntnis der polnischen Sprache in Wort und Schrift verlangt wird, ist direkt gegen die Ukrainer gerichtet worden. Die Regierung in Warschau, die in der Ukraine wirtschaftlich ihre Sprache, größte Rechte gesichert, als den sechs Millionen Ukrainern in Polen. Im Juni 1919 habe der Oberste Rat der Pariser Friedenskonferenz Polen zur Befolgung von Obliegenheiten unter der Bedingung ermächtigt, daß Polen mit den Alliierten ein Abkommen schließt, welches die Autonomie für Obliegenheiten gewährt. Aus den Protokollen der Friedenskonferenz gehe klar hervor, daß an eine territoriale Autonomie gedacht gewesen sei, die größer als diejenige von Oberösterreich sein sollte. Im November 1919 habe der Oberste Rat sogar den Entwurf eines besonderen Staats für Obliegenheiten angenommen. Der polnische Sejm habe 1922 das Gesetz über die Selbstverwaltung in den Wojewodschaften beschlossen, das gleichfalls eine besondere Regelung für Obliegenheiten in Aussicht gestellt habe, aber niemals durchgeführt worden sei. Ein derartiges Verlangen sei Mißbrauch des guten Glaubens der Ukrainer und der anderen Staaten. Das Gesetz von 1922 sei offensichtlich nur zu dem Zwecke geschaffen worden, um die Großmächte zu täuschen. Sämtliche autonomen Rechte, die Obliegenheiten in der österreichischen Zeit gehabt habe, seien in den Nachkriegsjahren durch Polen abgeschafft worden, und zwar sowohl der Obliegenheiten Dank, als die Autonomie, die dem ukrainischen Volk als ein Recht aus dem Vertrag von Versailles zugesprochen worden sei von der polnischen Universität bestritten worden. Die Ukrainer, so schloß Lemicki, würden das Gesetz ebenso wie im Parlament selbst auch außerhalb des Parlamentes bekämpfen.“

Der weißrussische Abgeordnete Jeremicki gab eine Erklärung im gleichen Sinne wie der Ukrainer ab. „Den Protesten der Minderheiten schloß sich schließlich sogar der jüdische Abgeordnete Sommerstein an, der auch den Einfluß der Juden auf die Selbstverwaltung der polnischen Städte durch das neue Gesetz für ernstlich bedroht hielt.“

Ein weiteres Mittel der polnischen Regierung, den Geist der Selbstverwaltung und Selbstverantwortlichkeit zu unterdrücken und zu vernichten, ist das neue Hochschulgesez, das kürzlich vom Sejm —

gleichfalls nur mit den Stimmen des Regierungsklubs — verabschiedet wurde. Der Kampf um dieses Gesetz, das die Selbstverwaltung der Hochschulen aufhebt und damit der akademischen Selbstfreiheit ein Ende bereitet, beschäftigt schon seit Monaten die polnische Öffentlichkeit. Etwa 800 polnische Universitätsprofessoren, d. h. fast die gesamte Professorenschaft der polnischen Universitäten, haben gegen dieses Gesetz protestiert. Ohne Erfolg. Die Regierung will, indem sie das alleinige Recht, Doktoren und Professoren an Universitäten und Hochschulen zu benennen und zu entlassen, für sich in Anspruch nimmt, ihr selbstherrliche Erziehung an den akademischen Bildungshöfen ausbreiten. Eine schwierige Aufgabe, die sie sich da selbst hat. Ist es doch bekannt, daß der meiste größte Teil der Studenten und auch der Professoren im nationaldemokratischen Lager steht und daß es weiter nicht unüberwindlich ist mit den Kreisen der Einkosposition sympathisiert, während gerade das Regierungslager in akademischen Kreisen, vor allem in den westlichen Gebieten, nur verhältnismäßig wenige Anhänger aufweisen kann. Bezeichnend für das Verhältnis zwischen Regierung und Studentenschaft ist es, daß während der Beratung des Hochschulgesezes der Studenten kein Zutritt zu den Subkommissionen der Sejm gegeben wurde und daß das Sejmgebäude gegen etwaige Studentenunruhen durch ein starkes Polizeiaufgebot gesichert werden mußte. Von nationaldemokratischen und sozialistischen Seite wurde das Gesetz im Sejm einer überaus scharfen Kritik unterzogen. Polen werde sich dieses Gesetzes wegen vor der zivilisierten Welt schämen müssen. (Prof. Romankiewicz) Das Gesetz werde den akademischen Lehrkräften die Freiheit nehmen und sie zum Werkzeug der jeweiligen herrschenden Regierung machen. (Sieromski) Die Autonomie der polnischen Hochschulen sei vor 500 Jahren von einem „großen Litauer“ (Kasibius Jagiello) eingeführt worden; sie werden heute von „neuen einflussreichen Litauern“ (Pilsulski und seinem Kreis) wieder beseitigt. (Wielicki). Mit besonderer Schärfe hat sich der Abgeordnete Sieromski über das Gesetz, das der kürzlich verstorbenen Professor Walter als „das Grab der Wissenschaft“ bezeichnet hatte, geäußert. „Am Anfang des Gesetzes siehe der sentimentale Satz von der Freiheit der Wissenschaft, aber hinter dem Verschleier des Verbalismus verbirgt sich die Absicht, in dessen Hand die Durchführung des Gesetzes liegt, dem das Recht zustehe, Professoren zu berufen, zu versetzen und abzulassen, gebore in einer politischen Gruppe, die erklärt habe, daß sie im politischen Kampfe nicht nur Krieger, sondern auch Charaktere zu brechen verstehe. „Ihr habt“, rief der Abgeordnete dem Regierungsklub zu, „32 Millionen Menschen mit lebendigen Herzen verloren.“ — Was helfen diese Proteste? Die Regierung tut, was sie für angebracht hält. Die Freiheit der Wissenschaft wird zu Grunde getragen. Fragt sich nur, ob es schade um die Wissenschaft ist, die in sehr vielen Fällen in politisch-organisationsfähiger Hinsicht einen geradezu empörenden Mißbrauch mit ihrer Freiheit getrieben hat.

Die deutschen Molkerereien in Polen und Pommern.

Der „Kurjer Pomsanski“ eröffnete einen Feldzug gegen die deutschen Molkerereien in Polen und Pommern. Das Blatt ereifert sich darüber, daß fünfzehn Jahre nach der Wiedereinrichtung Polens die deutschen Molkerereien in den Provinzen die polnischen an Zahl immer noch weit übersteigen. Und worin gebe es in Polen und Pommern 121 deutsche Molkerereigesellschaften, die 217 Mill. Kilogramm Milch jährlich verarbeiten, während an polnischen Gesellschaften nur für 211 Mill. Kilogramm Milchverarbeitung bestehen. Das Blatt erinnert daran, daß 1928 und 1929 ein Ausbau der polnischen Molkerereigesellschaften versucht wurde, jedoch ohne Erfolg. Unter den 62 polnischen Gesellschaften befinden sich zahlreiche neu gegründete Organisationen, die aber die polnische Milchproduktion nicht erhöhen können. Das nationaldemokratische Blatt bezeichnet es als bedauerliche Lücke des polnischen Gesellschaftengesetzes, daß die Aufnahme in eine Gesellschaft nicht auch gegen deren Willen geordnet werden könne. Die deutschen Molkerereien hätten sich diese Lücke zunutze gemacht, indem sie die Aufnahme polnischer Landwirte als Mitglieder ablehnten, obwohl sie unter ihren Milchlieferanten zahlreiche Polen zählten. Der „Kurjer Pomsanski“ wünscht also eine Änderung des polnischen Gesellschaftengesetzes dahin, daß die Aufnahme in eine Gesellschaft freiwillig sein müsse, wenn auch die polnischen Gesellschaften gezwungen werden, ihren Willen aufzugeben. Er sieht ein, daß die Polen, trotzdem sie den starken Rückhalt des Staates und der polnischen Banken hinter sich haben, es nicht fertigbringen, ein lebensfähiges Gesellschaftswesen zu schaffen. Er möchte also die deutschen Gesellschaften als Vorwand der polnischen Landwirte benutzen. Daß die Aufhebung des Gesetzes, die Aufnahme unerwünschter Elemente abzulehnen, nicht nur die nationale Selbstherrschaft der polnischen Gesellschaften begrenzen, sondern auch deren wirtschaftliche Existenz zerstören würde, scheint dem Kurjer nicht gleichgültig zu sein; oder vielmehr: das ist sein wirkliches Ziel: Er möchte den Deutschen ihr Können; deshalb will er den Erfolg dieses Könnens vernichten.

Von den Polen in Deutschland.

Zentrumsangebot an die Polen?

Der „Głos Pogranicza i Kujaw“ hat in seiner Nummer 45 vom 22. Februar einen Artikel gebracht, der das Zentrum in einer ganz bedeutenden politischen Beleuchtung erscheinen läßt. „Bisher“, heißt es da, „haben es die Zentrumsleute des Reiches Slatow trotz anstrengter Agitation nicht erreicht, ihren Kandidaten in den Provinzialparlamenten zu bringen; das hat ihnen großen Kummer bereitet. Immerhin hoffen sie, daß der polnische Block mit der Zeit verschoben werden würde, aber ihre Kräfte wollten sich nicht erfüllen. Wozu aber haben die Zentrumsleute ihre Schlauberei und Geizhalsigkeit, ihre langwierige Praxis des politischen Vorgehens? Sie haben es immer verstanden, wie für sie günstige Situationen für ihre eigenen Ziele zu nutzen. Einmal unterstützen sie eine nationale Regierung, das andere Mal zur Abmilderung eine sozialistische, und schließlich würden sie höchstwahrscheinlich auch mit den Hülfs-Deuten sich zusammensetzen haben, wenn diese nicht die Doppeltungigkeit des Zentrums durchschaut hätten. Wir dürfen uns deshalb auch durchaus nicht wundern, daß das Slatower Zentrum bereit war, bei den kommenden Wahlen zum Provinzialparlament mit den Polen zusammenzugehen. Und um welchen Preis? In der ersten Stelle sollte der Kandidat des Zentrums stehen, und erst an zweiter Stelle ein Pole. Aber damit nicht genug. Es sollte den Polen nicht etwa freigestellt sein, auf diese gemeinsamen Riste die Namen der Pfarrer Dr. Domanski und Grochowski zu setzen, sondern dafür sollte der Name eines Polen auf die Riste kommen, der dem Zentrum sympathisch wäre. Selbstverständlich kann man zu keiner Einigung, denn kein Pole würde für eine Zentrum-Polen-Riste stimmen, auf welcher die Namen unserer Pfarrer stehen würden.“ Nach dieser Mitteilung des „Polenblattes“ hat das Zentrum, nachdem es sich durch die Entwicklung der Dinge in Deutschland in die Opposition gedrückt sieht, also versucht, sich bei den Polen anzubieten, um seine alte Exaltation eines gemeinsamen Vorgehens mit einer fremdenständigen Gruppe unter „katholischer“ Parteiflagge neu zu beleben. Man kann gelpont sein, wie sich die Zeitung des grenzmärkischen Zentrums zu dieser Entthüllung des „Polenbündnisses“ verhält. Aus dessen Stellungnahme läßt sich entnehmen, daß die Polen an sich nicht abgeneigt sind, sich mit dem Zentrum, das ihnen vor dem Kriege so gute Helfersdienste geleistet hat, zu verbinden; nur wollen sie natürlich, daß man ihre Kandidaten auf der gemeinsamen Riste an ausfallsreicher Stelle platziert.

Polen-Pfarrer Olski.

In dem Dorfe Wuttrazien (Kreis Allenheim) fand die Vererbung des Stahlheimmannes Olski statt. Die Ortsgruppe des Stahlheims gab ihrem Kommanden die letzte Ehre und folgte mit der Fahne dem Sarg. Am Eingange des Friedhofes erwarteten die Fahnenrührer vom polnischen Pfarrer Olski, der mit lautem, herausforderndem Stimme angebrüllte: „Die Fahne darf nicht auf den Friedhof, sie bleibt draußen!“ Um die Würde der Feier nicht zu gefährden, ließ der Führer die Fahne herausnehmen und außerhalb des Friedhofes halten. Als dann der Sarg verankert wurde, erfolgte für die Ortsgruppe des Stahlheims das kurze Kommando: „Stillgefallen, Augen rechts!“ um wiederum dem Toten die selbstherrliche Ehreung, die

er sich als Solcher verdient hatte, zu erweisen. Da ertönte zum zweiten Mal laut lächelnd die Stimme des Pfarrers Olski: „Hier wird nicht kommandiert, hier hat keiner zu kommandieren als ich allein. Der Tote weiß, wo er hingehört. Das ist eine Unerschämtheit, das ist ja Hausfriedensbruch.“ Nach Schluß der Feier legte der Führer unter Stillhalten der Abteilungs einen Kran am Grabe nieder, und zum dritten Mal hörte man die schreiende Stimme des Pfarrers: „Ich habe schon einmal verboten, daß hier auf dem Kirchhof kommandiert wird!“ So hat der Geistliche selbst, statt seiner Pflicht gemäß dem Toten ein wehrloses Begräbnis zu gewähren, die Feier und die heilige Stätte in würdevoller Weise entehrt. Als dann die Stahlheimgruppe abmarschierte, näherte sich der Pfarrer dem Särge und legte grinsend in herausforderndem Ton zu ihm: „Hier auf der Straße können Sie jetzt kommandieren, wie Sie wollen.“ Später hat der polnische Totengräber Dufschewski, ein Günstling des Pfarrers, die schwarz-weiß-rote Schleife vom Kran gerissen, mit Füßen getreten und fortgeworfen. Der Pfarrer Olski betreibt seit Jahren Hege im polnischen Sinne. Es ist höchste Zeit, daß Deuten, wie Olski, deren Erbein geeignet ist, die katholische Kirche in Mißkredit zu bringen, in einseitiger Weise das Handwerk für immer gelöst wird. Herr Bischof Rallier hat das Wort!

„Slawische Bank“ in Berlin.

Wie die „Polenbündnisse“ berichtet, fand am 10. Februar d. J. in Berlin unter dem Vorhitz des Polenbündnispräsidenten Pfarrer Dr. Domanski eine Vertretertagung der polnischen Genossenschaften in Deutschland statt. Auf dieser Tagung wurde die Errichtung einer Zentralbank der polnischen Genossenschaften in Deutschland unter dem Namen „Slawische Bank AG.“ (Bank Slawianski Sp. Akc.) beschlossen. Zum Patron der Bank wurde Pfarrer Domanski gewählt; dem Aufsichtsrat gehören an: Dr. Kaczmarek, Stefan Szepieniak, Julian Malencki und Pater Karbowski. Das Stammkapital der Bank beträgt 150 000 RM.

Die preussische Minderheitschulpolitik.

Es ist auch an dieser Stelle immer wieder auf die Tatsache hinzuweisen, daß sich die polnischen Minderheitschulen, die auf Grund der preussischen Verordnung vom Dezember 1928 in den Ostprovinzen entstanden sind, als großpolnische Agitationszentren betätigen. Vielen Dingen will man, wie es heißt, die preussische Unterrichtsvermaltung einmal energigefier nachgeben und gegebenenfalls die notwendigen praktischen Folgerungen ziehen. Es ist zu hoffen, daß sich die Unterrichtsvermaltung hierbei endlich die stets wiederholte Forderung der polnischen Minderheitschulen zu eigen macht, daß die polnische Minderheit in Deutschland nicht anders als die deutsche Minderheit in Polen behandelt werden soll. Das heißt: Eine Polenschule muß mindestens 40 Kinder aufweisen; als Lehrer kommen nur preussische Staatsangehörige in Betracht.

„Diennik Berlinki“ verboten.

Das Berliner Heftblatt des „Polenbündnis“, der „Diennik Berlinki“, wurde bis zum 12. März einschlägig verboten.

Bücher über Ostfragen.

Prof. Dr. E. Wunderlich: „Das moderne Polen in politisch-geographischer Betrachtung (auf Grund eigener Reisen)“. Verlag: Stuttgart, Neidhauer & Spohn, 1922. 120 S. Der Herr Professor für Geographie an der Rheinischen Hochschule zu Stuttgart und in den letzten Jahren vielfach durch seine Forschungen in Osteuropa, besonders in Polen und Rußland, rühmlichst hervorgerufen. Durch mehrere Reisen in beiden Ländern hat er Einsicht in alle Probleme gewonnen, die für die Beurteilung der Verhältnisse im Osten von Bedeutung sind. Seine wissenschaftliche, somit freie objektive Darstellung gibt uns ein sicheres und unüberleugliches Bild von der Entwicklung, die Polen seit seiner Unabhängigkeit genommen hat, und wenn er darauf hinweist, daß bei unserer östlichen Nachbarn manches Anmerkenswerte geschehen worden ist, so kann er damit wohl Anlaß zum Nachdenken geben für viele, die sich daran gewohnt haben, Polen als gar zu geringfügigen Gegner anzusehen. Gewiß ist, daß die Ostfrage besteht, daß die einst deutschen Teile wirtschaftlich und kulturell dem übrigen Polen weit überlegen sind, ebenso ist es aber auch unumstößlich, daß man in Polen betreibt, sich allmählich der westlichen Kultur anzunähern. Und, wenn diese Annäherungen auch zurzeit durch die Krise, der Polen in ganz besonderem Maße anheimgefallen ist, stark abgemindert werden, so zeigt sich doch auch hier, daß das starke und ganz einheitliche Nationalgefühl der Polen den Impuls zu immer neuen Fortschritten gegenüber der Vorkriegszeit geben hat. Somit bleibt es dankenswert, daß unser Aufmerksamkeitskreis hierauf gelenkt wird und daß wir lernen, vor jener Selbstherrlichkeit in der Einschätzung unserer polnischen Gegner was zu beachten, die ihnen so unendlich oft uns schädlich gewesen ist. Und das liegt das große, außerordentliche Verdienst der Untersuchungen Professor Wunderlichs. Gewiß, es bleibt noch für lange Zeit eine unendlich schwere Aufgabe für den polnischen Staat, Wirtschaft und Kultur zu

heben — das ihnen dies nur gelingen kann, wenn sie von der jetzt befolgten unverbörten Kulturpolitik den Minderheiten gegenüber ablassen, ist offenbar —, aber auch das bis zur letzten Äußerung Erreichte wird die Aufmerksamkeit nicht nur des Wirtschaftspolitikers und des Wissenschaftlers überhaupt erwecken, sondern auch jedes Deutschen, der um das Wohl seines Vaterlandes besorgt ist. Es erwächst uns dort ein Seind nicht nur auf politischem Boden, sondern auch auf dem Felde der Wirtschaft. Darum sollte das Buch nicht nur in der Hand des Gelehrten sein, sondern auch in der des Laien, der endlich um die Erkenntnis der östlichen Probleme ringt und um das Wohl unseres Volkes in der Zukunft, vielleicht der nahen Zukunft, Sorge im Herzen trägt. Ganz besonders aber muß es der Politiker studieren, der eine begründete Anschauung von den Vorgängen in Polen haben will und haben muß, wenn er so schicksalvolle Fragen, wie sie z. B. der deutsch-polnische Handelsvertrag bietet, zu entscheiden sich bemüht. Dr. E. Man, Symmalrektork a. D.

Eine Wandkarte über die deutsche Kolonisation im Osten in ihrem geschichtlichen Verlauf bringt im Maßstab 1:1 000 000 der Verlag Georg Westermann in Braunschweig heraus. Der Bearbeiter, Dr. K. W. Meißner, arbeitet mit großer Genauigkeit, eindrucksvollen Karten und weithin sichtbaren Tabellen, so daß ein lebendiger Eindruck entsteht. Beizukarten zeigen das wechselvolle Schicksal der deutschen Ostgrenze bis zur Gegenwart hin, den Fortschritt der Ostensiedlung auf der Ostsee und den deutschen Volksboden im Osten. Für Vorträge erscheint uns die Karte außerordentlich gut verwendbar. (Schulheft mit Zeinenaufzug 30 RM.).

Diese Nummer umfaßt einschlägig der Beilage „Die ostmärkische Frau“ 16 Seiten.

m. b. S., Berlin SW. 68, Zimmertrage 7



Ostbund- und Heimatnachrichten

Beilage zu Nr. 10 der Wochenschrift „Ostland“ des Deutschen Ostbundes/1933.

Aus der Bundesarbeit.

Verammlungskalender.

Jungfrauen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg. Feiertunde am Volkstagsfest, 12. März, nachm. 4 Uhr, im Ullsp, Alt-Moabit 4-10, am Lehrter Bahnhof. Eintritt frei.

Ortsgruppe Berlin-Ost: Monatsversammlung am Freitag, den 3. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Röppender Hof“. Vortrag des Herrn Polizeihauptwachsmasters Vordort über Scherz-Kellen.

Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf: Monatsversammlung am Donnerstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Schau, Reinickendorf, 124. Ecke Amsterd.

Landesverband Ostpreußen: Jahreshauptversammlung Sonntag, den 19. März, vorm. 11 Uhr, in Königsberg i. Pr. im Restaurant „Zum Vordamm“, Königsstraße 54. Vortrag des Studienrats Grauf, Jasterburg, über „14 Jahre deutsche Ostmarkenpolitik“.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Ortsgruppe Berlin-Süd. Am 13. Februar fand die Jahreshauptversammlung statt, die den 1. Vorsitzenden Herr Blume, leitete. Nach Erledigung der Reueingänge gab der 2. Vorsitzende, Herr Lütkke, den Kassenbericht und dankte der Kassiererin für die gute Führung der Kasse. Dann wurde Entlassung des Vorstandes beantragt und von der Versammlung genehmigt. Frau Payer gab in Vertretung des 1. Schriftführers den Jahresbericht bekannt. Es fanden im Jahre 1932 elf Monatsversammlungen sowie mehrere Vorstandssitzungen und Kassenprüfungen statt. Im Vortrage teilte mir im Laufe des Jahres a. a. „Das Memelland“ vom Herrn Oberlehrer Bachert; „Die Erlebniswelt in Reutemischel“ von Herrn Konstantin Paschold; „Die polnische Gefahr im Osten“ von Herrn Blume; „Die Entdeckung der Menschheit nach Wissenschaft und archaischem Mythos“ von Herrn Wittchen; „Eindrücke auf der Polenreise sowie Erlebnis im freiwilligen Arbeitslager“ von Jungfrauenführer Siegel. Die Ortsgruppe beteiligte sich an der Muttertagfeier, an der Kottengabefeier im Dom, an der Adventfeier im Ullsp. Außerdem veranstaltete die Frauengruppe mit Hilfe der Jungfrauen ein Frühlingsfest. Im Verlaufe der Weihnachtsfeier wurde 23 Mitgliedern die jährliche Ehrenmedaille verliehen. Der Vorstand leitete sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Herr Blume, 2. Vorsitzender Herr Lütkke, 1. Schriftführer Herr Payer, 2. Schriftführer Herr Stein, 1. Kassierer Frau Payer, 2. Kassierer Herr Unger, Beisitzer Herr Genschow. Es folgte ein kurzer Bericht über die Tätigkeit der Jungfrauen im vergangenen Jahr. Herr Blume erwähnte im Anschluß daran die Ortsgruppenmitglieder, ihre Kinder in die Jungfrauen zu schicken, damit sie dort in ostmärklicher Geist weitergebildet werden. Dann hielt Herr Stein einen Vortrag: „Ein Streifzug durch das Weltall nach den neuesten astronomischen Forschungen“. Die Versammlung folgte dem interessanten Ausführungen und polte dem Redner harkem Beifall.

Die Ortsgruppe Cantowerk und Umgegend hat am 12. Februar im Beamtens-Kaffee in Cantowerk ihre Jahreshauptversammlung abgehalten. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden, Vordamm Baginski, folgte der Jahresbericht. Der Vorsitzende gab der Spohnung Ausdruck, daß die bestehende Schwierigkeiten zu beseitigen seien, wenn die Mitglieder treu zusammenhalten. Im Jahre 1932 haben 10 Versammlungen und 9 Vorstandssitzungen stattgefunden, die im allgemeinen gut besucht waren. Die Mitgliedszahl ist gestiegen. Den Kassenbericht erstattete Vordamm Baginski. Im Anschluß an den Kassenbericht wurde dem Kassierer ihren Bericht gegeben. Der Vorstand leitete sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Max Baginski, 2. Vorsitzender Max Stephan, 1. Kassierer Johannes Baginski, 2. Kassierer Richard Sonnenberg, 1. Schriftführer Erich Lange, 2. Schriftführer Eduard Jetter, 1. Rechnungsprüfer Hermann Melz, 2. Rechnungsprüfer Siegfried Günther, Beisitzer: Gultow Walther, Reinhold Winter, Frau Wenzner. Der Vorsitzende wurde beauftragt, sich im Namen der Ortsgruppe an der Einweihung zu beteiligen. Auf die zur Verfügung stehende Mitgliedschaft des Cantowerk, die nächsten Jünglingen entspricht, auf den Weg der „Ostland“-Zeitschrift und des Heimatkalenders 1933 wurde besonders hingewiesen. Ferner gab der Vorsitzende bekannt, daß auch in diesem Jahre ein Ferienkinder-Ausflug stattfinden soll. Die Ortsgruppe will auch hier im Einvernehmen mit der Frauengruppe am guten Werke mitwirken und es wurde gebeten, Anmerkungen bis Ende Februar 1933 an den Vorsitzenden der Ortsgruppe zu richten. In der Ausprache wurde u. a. angeregt, die künftigen Versammlungen mit einem Ausflug zu verbinden. Zum Schluß dankte der Vorsitzende den Mitgliedern und den Vorstandsmitgliedern für ihr treues Zusammen-

halten und ihre aufopfernde Tätigkeit im vergangenen Jahre und wünschte, daß auch im neuen Geschäftsjahre alle mit starkem Interesse am Weiterbau des Deutschen Ostbundes Anteil nehmen.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Rastitz. Die Feier des 13-jährigen Bestehens beginnt die Ortsgruppe am 11. Februar im Saale des „Rastitzer Hofes“. Der schon lange am Beginn der Veranstaltung bis auf den letzten Pfad gefüllt war. Die Ostmark und die Ostmärker, von deutscher Art besonders heimgeleitet, brachen nicht zusammen, wie der 1. Vorsitzende, Georg Hollender, in seiner Begrüßungsansprache betonte, weil sie den Glauben hätten, der aufrecht und stark mache. Frau Studenart Abel bot anschließend zwei Lieder, deren Schönheiten sie im besetzten Klang ihrer Stimme aufhellen ließ. Die musikalische Klugheit, mit der die lebenswichtige Sängerin die Ausdrucksmöglichkeiten ihres wunderbaren Organs ausnützte, und die vorbildliche Entfaltung und kultivierte Sicherheit, mit der sie die beiden Lieder in deklamatorischem Ausdruck verlebte, machten die Gaben zu einem reinen und nachhaltigen Genuß. Besonders wirkungsvoll war die Wiebegerbe des Melodramas „Die Mette von Marienburg“ mit Heinrich Baumeister als Sprecher, der diese Dichtung Felix Dahns dramatisch-poetisch und formgebunden zum Vortrag brachte. An dem Erfolgs dieser Darbietung, für die harkter Beifall dankte, war der mitgeleitete Kassenbericht der Frau Payer wesentlich beteiligt. Den Höhepunkt des ersten Teiles der Vortragsfolge bildete das humoristische Drama „Die Dammkapelle“ unter der wirklich fabelhaften Staffierung ihrer Kapellmeisterin Färlin Hedwig Ott. Die für Rastitz bereits zum Gessagspruch gewordenen „Dittabill-Girls“ unseres Vereinslokales „Rastitzer Hof“ (Vordamm Karl Dahms) erfreuten sich ebenfalls in ihren Tansen, vor allem durch die ungekünstelte Art, mit der sie den Humor ihrer tänzerischen Ausdeutung sinnfällig machten. Die Singspiele des Rastitzer Hofes rundete mit ausgemachten Musikklücken der Vortragsfolge in better Form ab. Ein Ton hielt die Mitglieder des Deutschen Ostbundes mit ihren Säulen noch recht lange zusammen. — Am Wolfgang-von-Stonau-Wortern, bei dem der kühne Pionier der Eiste über seinen „Flug um die Erde“ sprach, beteiligte sich die Ortsgruppe in außerordentlich reicher Zahl und war weiterhin Gast der V.D.A.-Veranstaltung, die die hiesige Raben-Mittelschule unter dem Motto: „Deutsches Schicksal — Deutscher Osten“ veranstaltete.

Ortsgruppe Rastitz. Am 5. Februar d. J. feierte die Ortsgruppe ihr diesjähriges Wintervergügen in form eines Heimatabends. Der 1. Vorsitzende, Herr Juliusinspektor i. R. Zinner, wies ganz besonders auf die Notwendigkeit eines weiteren treuen Zusammenhaltens im Deutschen Ostbund hin. Seine Ausführungen schlossen mit einem Satz auf das Vaterland und dem Deutschland. Hiermit folgte ein unter großem Beifall gut gelungenes Theaterstück und der Vortrag einiger Gedichte. Der 1. Vorsitzende schloß mit dem Wunsch, daß alle für die Einigkeit des deutschen Volkes und für die Ziele des Deutschen Ostbundes weiter kämpfen werden. Das gemeinsam gesungene Preussentied beendete den offiziellen Teil des Festabends.

Ortsgruppe Mündenberg. In der am 22. Januar abgehaltenen Jahreshauptversammlung gab der Vorsitzende einen Rückblick auf das alte Jahr: Da ist vor allen Dingen ein großer ideeller Erfolg zu verzeichnen. Drei namhafte Vertreter des Bundespräsidiums weilten in Mündenberg. In einer Veranstaltung sprach: „Sinn und Aufgabe der Ortsgruppen im Ostbund“. Der Kassenbericht konnte nach seinen wesentlichen Worten eine Jungfrauengruppe (Jungmädchen) unter bewährter Führung Zrl. Tenners gegnärt werden. Sodann sprach an dem Ostbundabend vor sehr zahlreicher Zuhörerschaft der Heimatdichter, Bundespräsidiumsmitglied Dr. Georg Lütkke, über die deutsche Ostmark. — Der Vorsitzende führte in seinem Bericht u. a. weiter aus: Gerade in Zeiten der höchsten Not dürfe das Zusammengehörigkeitsgefühl nicht verlorengehen. Ohne Mittel könne die Bundesleistung nicht ihre geistlichen hohen Ziele verfolgen. Daher dürfe niemand auf so langwieriger Kreuz zur Ostmark kommen mit einem Male zurückkehren, sondern müsse weiter treu zur Sache stehen und seinen Opfern zeigen. Es folgte der Jahresbericht des Schriftführers. Nach Vortrage des Kassenberichts wurde dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Der Vorsitzende gab hierauf mehrere Rundschreiben bekannt. Mit einigen Ausnahmen wurde der alte Vorstand wiedergebildet und fest sich aus folgenden Herren zusammen: 1. Vorsitzender: Böcker; Schriftführer: Bloch; Kassierer: Zrl. Zrl.; Beisitzer: Hoppe und Zrl. Außerdem wurde als Vertreterin der Jungfrauengruppe Zrl. Zinner in den Vorstand gewählt und zu Kassenprüfern die Herren Zrl. Zinner und Zrl. Zrl. gewählt. Mit Erledigung interner Angelegenheiten folgte die Versammlung.

Landesverband Niederhessen.

Die Ortsgruppe Glogau feierte am 11. Februar ihr 14-jähriges Bestehen. Die Feier wurde mit einigen Musikklücken und einem sinnvollen, von Zrl. Hella Schörlitz vorgetragenen Prolog eingeleitet. Der Vorsitzende der Glogauer Ortsgruppe, Herr Juliusinspektor Zrl. Zrl.,

richtete darauf herrliche Worte an seine Landsleute. Aus der wirtschaftlichen Gemeinshaft der Ostmärker sei eine Kulturgemeinschaft geworden. Im Osten sei Arbeit und Brot für eine Unzahl deutscher Menschen. Wir müssen unserem Volke wieder Lebensraum erkämpfen. Hinter den Ostmärkern stehen die Vor- und Urtäter, die mahnen verlangen, daß das Land, was wir verloren haben, nicht verloren ist. Glauben wir jetzt daran, daß die Ketten von Versailles fallen und hoffen wir, daß wir mit unserer neuen nationalen Regierung einer besseren Zukunft entgegengehen. Die Ehrung von 17 Jubilaren, die zehn Jahre lang dem Bunde angehört, wurde von dem Landesverbandvorsitzenden für Niederhessen, Herrn Lehrer Müller (Striefling), vorgenommen. Es sind dies die Herren Seifert, Baumgart, Schulz, Richter, Schreiber, Karlich, Eisner, Flechtner, Anders, Bahr, Müller, Pölcher, Jahnke, Strampf, Jüttner, Kuhn und Tril. Ripke. Herrn Kultusinspektor Cenz wurde für seine Verdienste um den Ostbund die silberne Ehrennadel überreicht. Herr Müller (Striefling) sprach dann ein lehrreiches Omtagegebet, das für den Vaterland und die Ostmark herrliche Worte fand. In seinen weiteren Ausführungen mahnte der Landesverbandvorsitzende zur Einigkeit. Wir wollen ein einziges Volk werden, zusammengehalten durch die Liebe zur Heimat. — Ein reichhaltiges Vortragprogramm, bei dem vor allem Frau Wenzel und Tril. H. Scholz mitwirkten, sorgte für gute Unterhaltung.

Die Ortsgruppe Götting hielt am 13. Februar ihre Jahreshauptversammlung im Glockhaus ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebot die 2. Vorsitzende, Dentst Fiddke, des Ablebens zweier treuer langjähriger Mitglieder, der Landseute Oskar Gabler, Götting, und Wilh. Auf der Heide, Nieder-Langenan. Zu Ehren der Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Hierauf gab der 2. Vorsitzende die eingegangenen Rundschreiben bekannt; der Schriftführer, Herr Biele, erläuterte den Jahresbericht und der 2. Kassierer, Herr Schulz, den Kassenbericht. Auf Antrag des Rechnungsprüfers, Herrn Gygmannowski, wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Die Vorstandsabgaben hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Landmann Fiddke, 2. Vorsitzender Landmann Schulz, 2. Kassierer Landmann Gygmannowski, 3. Kassierer Landmann Jauß, 4. Kassierer Landmann Gräde und Rechnungsprüfer die Landseute Krüger und Lorenz. Abdoma wurde dem amtierenden Vorstand für seine über 10jährige Mitgliedschaft Ehrennadel und Ehrenurkunde überreicht. Nach einem Appell des Landmanns Gygmannowski an alle Anwesenden, treu und selbst unzulässig zu halten, fand die antwortende Verlesung der Urkunde ihr Ende.

Die Ortsgruppe Eising hielt am 14. Februar in der Braukommune ihre Monatsversammlung ab, die recht gut besucht war. Eingeleitet wurde die Versammlung mit der Feier des 70. Geburtstages unseres langjährigen 2. Vorsitzenden, Polizeikommissar i. R. Mige. Nachdem der Jubilar durch Vorstandsmitglieder zu seinem mit Blumen geschmückten Platz geleitet war, würdigte der 1. Vorsitzende, Studentat Schmalz, in einer längeren Ansprache die Verdienste, die sich der Jubilar in der Ortsgruppe seit deren Bestehen sowohl als 2. Vorsitzender wie als Berater der Mitglieder und im Grenzschutz erworben hat. Durch einstimmigen Beschluß wurde Herr Mige zum Ehrenmitglied der Ortsgruppe ernannt. Auch der Landesverbandvorsitzende, Herr Müller, dankte Herrn Mige für die verdienstvolle langjährige Tätigkeit in der Ortsgruppe. Der Jubilar dankte hierauf und versprach, auch weiterhin im Ostbund zum Wohle der Ostmärker zu wirken. Hierauf machte der 1. Vorsitzende Mitteilung von der Aufnahme von drei neuen Mitgliedern. Nach Bekanntgabe der Einkünfte wiederholte Herr Angewieser Hilbrich seinen in der vorhergehenden Monatsversammlung gehaltenen Vortrag über den Bau von Eisenheimen. Die Jahreshauptversammlung findet am 14. März, 8 Uhr abends, in der Braukommune statt.

Landesverband Ostpreußen.

Die Ortsgruppe Jauerburg hielt am 28. Januar ihre Jahreshauptversammlung ab, die konnte zu ihrer großen Freude ihren Landesverbandvorsitzenden, Herrn Bürgermeister Dr. Rappert, begrüßen, dessen Vortrag über die Kampfsiele des Deutschen Ostlandes einmütigen, starken Beifall fand. Der Jahresbericht, den der 1. Vorsitzende, Studentat Grauß, erstattete, zeigte die harte, zielverwirklichte Arbeit des Vorstandes an den Aufgaben, die sich der Ostbund als Ziel gestellt hat. Wenn die Arbeit von Erfolg gekrönt war (der glänzende Verlauf der stark besuchten Feier des 10jährigen Stiftungsfestes im November bewies es), so nur deshalb, weil sämtliche Mitglieder einmütig und geschlossen hinter dem Vorstande stehen. Dem Schachmeister, Herrn Kaufmann Sergs, wurde Entlastung erteilt. Die Vorstandsabgaben brachten die Wiederwahl des gesamten Vorstandes durch Zufall: 1. Vorsitzender: Studentat Grauß, 2. Vorsitzender: Lehrer Dufschewski, Schriftführer: Oberpostsekretär Altkewitz, Schachmeister: Kaufmann Sergs und Kassierer: Frau Dalkokat. Dem Schlachthof brachte der 1. Vorsitzende zum Ausdruck, daß die gewaltigen neuen Kräfte, die sich im deutschen Volke und besonders in der deutschen Jugend regen, uns Älteren den Mut stärken sollten, mit ganzer Kraft für das Ziel des Ostbundes: Wieder-erlangung der geraubten Heimat, weiterzukämpfen.

Landesverband Weimar-Magdeburg.

Die Ortsgruppe Stenbal hielt am 15. Januar im Windkannhaus die Jahreshauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Fleischermeister Paehold, verband mit den Rundschauigkeiten die Bitter, auch weiterhin die landesmännliche Treue zu pflegen und zu wahren. Nach Verlesen einiger Rundschreiben erstattete der Schriftführer Koff den Jahresbericht, der die umfangreiche Tätigkeit der Ortsgruppe erkennen läßt. Dem Kassierenbericht gab der Kassierer, Robert Jekert. Die Kassenprüfer Jekert und Heile teilten das gute Ergebnis bei der Kassenprüfung mit. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Gesamtvortrag wurde wiederabgeleitet. Die Erläuterung einiger Vereinsangelegenheiten beschloß die Tagung. — Das am 18. 2. veranstaltete 11. Stiftungsfest fand im Saal des Gebäudes an die verlorene Heimat und barmhertigste Gastlichkeit. Nach musikalischen Vorträgen einer Kapelle trat Tril. Paehold zum Vortrag vor, der ein Erbeubekennnis zum deutschen Osten war. Dann biß der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Paehold, die erschienenen Mitglieder und die Gäste, besonders die Vertreter des Gerdalger Ortsvereins, herzlich willkommen. Die Gründung der Ortsgruppe sei vor elf Jahren mit dem Ziele erfolgt, die Liebe zu der alten Heimat aufrechtzuerhalten. Polen habe vergessen, daß es durch deutsche Hilfe zu dem geworden sei, was es heute darstellt. Seit tausend Jahren treibe Polen eine Politik, die sich gegen das deutsche Volk richte. Der Verfall der Seidenstrasse habe durch die Schaffung der Weimarer Korridors ein furchtbares Unrecht geschaffen. Noch heute schmachten viele deutsche Volksgeister unter der polnischen Fremdherrschaft. Was das deutsche Volk im Osten verloren habe, dürfe nicht verloren bleiben. In der Liebe zum deutschen Vaterland und zum Osten und in der Einigkeit des Volkes müsse Deutschland wieder erstarken. Die Ansprache klang in ein Hoch auf das deutsche Vaterland und in das Deutschlandslieb aus. Dann überbrachte Lehrer Koder die Grüße des Gerdalger Ortsvereins. Für mehrjährige Mitgliedschaft wurde den Mitgliedern Milke, Schüller, Kraft, Feipe, Jekert, Schmidt, Robert Jekert, Semmler, Kauer und Friedrich Otto die Ehrennadel mit Gekürnde verliehen. Musikstücke und Gedichtvorträge wechselten miteinander ab. Auch Tril. Schone und Tril. Kaufmann trugen auf die Heimat abgestimmte Gedichte wirkungsvoll vor. Dann wurde von Mitgliedern des Vereins ein Vortrags mit viel Geduld aufgeführt. Eine Verlesung und ein Voll brachte das wohlgeordnete Stiftungsfest zum Abschluß.

Landesverband Hannover-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Celle hat für ihre zielbewusste Tätigkeit eine neue Anerkennung in der Lokalpresse erhalten. Die „Celle'sche Zeitung“ schreibt in einem Überblick auf Celle im Jahre 1932 in Nr. 24 u. a.: „Schrittweise hat der Deutsche Ostbund. Etwas Besonderes in seine Heimat- und Werbestunde mit guten Vorträgen.“ Es werden dann die einzelnen Vorträge, Werbestunden und Festlichkeiten sowie die Abschiedsfeier für den früheren Landesverbandvorsitzenden, Oberlandesgerichtsrat Dr. Schiemer, der als Landesgerichtspräsident nach Stargard verlegt worden ist, erwähnt. Die Veranlassungen der Ortsgruppe, über die wir in einzelnen Berichten haben, haben, wie aus dieser Anerkennung hervorgeht, auch auf die einheimische Bevölkerung in Celle einen starken Einbruch gemacht. Das der Ortsgruppe gependete Hof ist mehrbedeutend und wird sie gemäß veranlassen, auch weiterhin die Belange des Ostens in der Öffentlichkeit tatkräftig zu vertreten. (Die Schriftl.)

*

Aus befreundeten Verbänden.

Wahlaufruf der „Deutschen Ostfront“.

Die „Deutsche Ostfront“, die vor einiger Zeit begründet und als neue Kampfgemeinschaft für den Osten dem Deutschen Ostbund herzlich begrüßt worden ist, erläßt folgenden, von ihren beiden Landesführern Dr. Franz Eubke und Dr. Ernst Otto Schie, unterzeichneten Wahlaufruf, der innerhalb der deutschen Presse die größte Verbreitung gefunden hat:

Der Kampf um Deutschland reißt der Entscheidung zu. Es ist der Kampf um Befestigung unseres Volkstums, das in vierzigjähriger Internationalisierung ausgelokert und zerrüttet wurde. Es ist der Kampf um die Rückgewinnung deutschen Lebensraumes, der durch Völkervereinigung, Erbarmlichkeit und Verrat verlorengeht. Es ist der Kampf gegen weltwirtschaftlich-materialistische Ungeist, der die Menschen von jedem und vorgefertigen unsäglich machte, sich in den Dienst unserer kulturellen Aufgabe zu stellen: den östlichen Raum durch das deutsche Volk zu gestalten.

Wir wissen, daß nur solche Männer und Bewegungen geschichtsbewußt wirken können, die aus der Verbundenheit mit Blut und Boden die Verantwortung gegen künftige Geschlechter fühlen und darum die Erfüllung deutscher Existenzwerte wagen. Wir wissen, daß nur rückwärtslose Abkehr von den bisherigen Methoden und bewusster Wille zur Erlangung der Raum- und Volksfragen des Ostens uns die kulturelle und völkische Zukunft verbürgen.

Darum stellt sich die Deutsche Ostfront mit ganzer Kraft hinter die Regierung Adolf Hitler und fordert alle Deutschgesinnten, alle für den deutschen Osten kämpfenden Menschen auf, bei den kommenden Wahlen nur den Gruppen ihre Stimmen zu geben, die Träger dieser nationalen Regierung und Staatsführung sind.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Personliches.

Superintendent D. Smead und Pfarrer D. Bickrich-Vissa.

Am Vissa feierten die beiden Pfarrer, Superintendent D. Smead an der Kreuzkirche und Pfarrer D. Bickrich an der Johanneskirche am 26. Februar ihr 40jähriges Amtsjubiläum. Beide sind am selben Tage ordiniert und in ihr Amt eingeführt worden und haben gemeinsam die 40 Jahre hindurch in Vissa amtiert. Schon seit der Studentenzeit sind sie befreundet, da sie in Halle und in Erlangen zusammen studierten und auch die im Präbikergemein in Wittenberg gemeinsam verlebten. Beide stammen aus dem Westen, beide haben sich außer ihrer pfarramtlichen Tätigkeit reger an wissenschaftlichen Gebiet betätigt, namentlich auf dem Gebiet der Kirchengeschichte. Superintendent D. Smead stammt aus einer Barmser Fabrikantenfamilie, wurde am 2. Oktober 1866 geboren und wurde zusammen mit seinem Freunde Bickrich am 26. Februar 1893 durch Generaluperintendent D. Heikel ordiniert. Im Jahre 1907 rückte er zum ersten Pfarrer an der Kreuzkirche auf und wurde gleichzeitig zum Superintendenten des Kirchenkreises Vissa ernannt. Seit dem Herbst 1905 ist er der einzige Pfarrer in der früher hübischen Markan Gemeinde. Vor wenigen Jahren wurde das evangelische Pfarramt in Vissa vollendet, dessen Vorsteher er ebenfalls ist und das bekanntlich dazu bestimmt ist, evangelischen Schülern, die später Theologie studieren wollen, während ihrer Schulzeit am Vissar Gymnasium eine Heimat zu geben. In Anerkennung seiner wissenschaftlichen Verdienste verlieh ihm die Theologische Fakultät in Breslau im Jahre 1928 anlässlich des 300-jährigen Bestehens der Vissar Kirchengemeinde die theologische Doktorwürde. Seine wertvolle wissenschaftliche Arbeit ist eine Zusammenstellung der Synodalprotokolle der Kirche angaburgischer Konfession in Großpolen im 16., 17. und 18. Jahrhundert. Dieses Werk gehört zu den besten Quellenwerken, die wir besitzen. — Pfarrer D. Bickrich stammt aus Seisam in der Rheinpfalz, wo er am 17. September 1867 geboren wurde, kam aber schon als kleines Kind nach Polen, wo er im Hause seines Großvaters, des Konfessionsrates Göbel, aufwuchs und das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium besuchte. Wie sein Großvater, Konfessionsrat Göbel, eine der Unitätsgemeinden, die Petrigemeinde in Polen, zu übernahm, auch sein Enkel eine Unitätsgemeinde, die Johanniskirche in Vissa. Die dortige Gemeinde besteht bekanntlich seit der mährischen Einwanderung, während der Kirchengemeinde ihre Entstehung der Einwanderung verdankt lutherischer Bürger, namentlich aus Gütznau, verdankte. Schon einige Jahre nach seiner Ordination wurde Pfarrer Bickrich erster Pfarrer an der Johanneskirche. Auf Grund seiner wissenschaftlichen Tätigkeit und Forscherarbeit verlieh ihm die Breslauer Fakultät im Reformations-Jubiläum 1917 dem Ehrenstitel eines Privatiers der Theologie und neun Jahre später, im Jahre 1926, die Würde eines Doktors der Theologie. Zu seinen weiteren Vorlesungsbereichen gehört die Geschichte und Wirklichkeit des Ames Comenius, dem er einen großen Teil seiner Studien gewidmet hat. Aber auch die weitere Kirchengeschichte Polens wurde von ihm in vielen Arbeiten und Abhandlungen behandelt. Er war und ist noch heute unermüdlicher Mitarbeiter an einer Reihe von wissenschaftlichen Zeitschriften und Zeitungen. Eine zusammenfassende Darstellung der Kirchengeschichte Polens ist von ihm für den Schulgebrauch bearbeitet worden und unter dem Titel „Evangelisches Leben unter dem weißen Adler“ im Jahre 1925 erschienen. Seit der Entziehung der Theologischen Schule und des Predigerseminars in Polen hat Pfarrer D. Bickrich dort Vorträge über Kirchengeschichte.

Superintendent Artzt.

Ein bekannter früherer Polener, Superintendent Artzt, der schon seit längerer Zeit im Rubelsland lebte, ist kürzlich gestorben. Superintendent Artzt wird vielen aus dem Jahre der Abwanderung und Option bekannt sein, wo er sich als Fürstlegationskommissar des Deutschen Roten Kreuzes große Verdienste sowohl um die Abwandernden wie um die in der alten Heimat Bleibenden erworben hat. Er betreute die großen Scharen, die in den regelmäßig ablaufenden Zügen des Polener Roten Kreuzes vertriehen. Er sorgte aber auch in der ersten schwierigen Reisezeit für die Beschaffung von billiger Kleidung und Schuhwerk für die zurückbleibenden Deutschen. (Wie das „Polener Tageblatt“ in Nr. 44 mit Recht hervorhebt.) Das Zulkendkommen des ersten Fürstlegationskommissars zwischen Deutschland und Polen ist den Bemühungen von Superintendent Artzt zu verdanken. Die Fürstlegations des Deutschen Roten Kreuzes war der erste Anfang des späteren deutschen Generalkonsulats in Polen, dem sie dann eingegliedert wurde. Superintendent Artzt hand bei seinem Tode im 67. Lebensjahr. Er war schon während des Krieges in den Rubelsland getreten. Gestorben ist er am 22. Mai 1866 in Sochlin. Nach dem Studium der Theologie wurde er im 13. Dezember 1892 ordiniert und übernahm zunächst die Gemeinde in Roschmin, die er bis 1912 verwaltete. Von dort ging er als Superintendent nach Crona (Groß), wo er bis 1916 blieb. Im Jahre 1916 verließ er Polen, um im Diakonissenhaus in Hermannswerder bei Potsdam ein Amt zu übernehmen. Zur Bundesleitung des Reichsverbandes Ostflüchtlinge und des Deutschen Ostbundes als der amtlich anerkannten Interessenvertretung der ostmärkischen Flüchtlinge hat Superintendent Artzt während seiner Tätigkeit als Fürstlegationskommissar des Roten Kreuzes stets gute Beziehungen unterhalten; immer war er

bemüht, soweit ihm das irgend möglich war, berechtigten Wünschen unserer Bundesleitung zu entsprechen.

Vandrat von Monbart-Jüllichau als Regierungspräsident nach Kassel berufen.

Die Kommissare des Reiches in Preußen haben beschlossen, den Vandrat von Monbart in Jüllichau zum Regierungspräsidenten in Kassel vorübergehend der Zustimmung des Provinzialausschusses zu ernennen und ihn zunächst mit der kommissarischen Verwaltung dieser Stelle zu beauftragen. Vandrat von Monbart wurde im Jahre 1881 in Minden (Westf.) als Sohn des Generalleutnants von Monbart geboren. Er besuchte das Gymnasium in Düsseldorf, studierte an verschiedenen Universitäten und bestand im Jahre 1903 in Düsseldorf das Referendarexamen. Er war nachher tätig: bei den Landratsämtern Rastenburg und Vissa, bei der Regierung Merseburg, beim Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein und im Preussischen Handelsministerium, wo er insbesondere mit der Durchführung der Reichsverkehrsordnung beschäftigt war. Im Jahre 1914 wurde er kommissarisch mit der Verwaltung des Landratsamtes Jüllichau beauftragt und im Mai 1915 zum Vandrat des Kreises Jüllichau-Schwiebus ernannt. Seit 1919 vertrat er als einziger preussischer Vandrat zwei Landratsämter, er übernahm die Verwaltung des angrenzenden Kreises Osmühl, der zur Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen gehört und dessen größter Teil bei der Grenzschneidung an Polen gefallen ist. Seit 1914 ist Vandrat von Monbart Mitglied des Brandenburgischen Provinziallandtages, seit 1921 auch des Brandenburgischen Provinzialausschusses, dessen Vorsteher er von 1925 bis 1929 war. Er gehört der Deutsch-nationalen Volkspartei an.

Personalveränderungen im Osten.

Die Kommissare des Reiches haben folgende Personalveränderungen beschlossen: Auf Grund des Paragraphen 3 der Verordnung vom 26. Februar 1919 in Verbindung mit der Verordnung zur Bereinigung und Verbilligung der Verwaltung vom 3. September 1932 werden unter Erhöhung des geschehenen Bezuges [s. oben] einbezogen in den Ruhestand versetzt:

der Vizepräsident des Oberpräsidiums in Königsberg, Dr. Steinboff,

der Vizepräsident des Oberpräsidiums in Oppeln, Dr. Fischer, der Regierungspräsident Ellinghaus in Gumbinnen, der Regierungspräsident Wagner in Breslau, der Regierungspräsident von Wasse in Oppeln.

Zum Regierungspräsidenten wurde ernannt: in Oppeln der Oberregierungsrat Engelbracht in Plessen.

Zum Polizeipräsidenten wurde ernannt: in Stettin der Polizeimajor a. D. Dork in Berlin.

Verurlaubt wurde ferner der Regierungspräsident in Altmünster, von Rappert; sein Vertreter ist Vizepräsident Waldhaußen. Weiter wird verurlaubt die Regierungspräsidentin Dr. Rosenkrantz in Gumbinnen und der Polizeidirektor Malak in Elst.

Ausscheiden des Regierungsdirektors Goehrke aus seinem Amt.

Nachdem Regierungsdirektor Goehrke (früher Polizeipräsident Polens) am 3. September vorigen Jahres seines Postens als Leiter der Politischen Abteilung des Polizeipräsidentiums Berlin entbunden worden war, worauf ihm die Leitung der Fremden-Polizei übertragen wurde, ist er am 28. Februar im Zusammenhang mit den Beamtenentlassungen die neue Regierung verurlaubt worden und dürfte in sein Amt nicht wieder zurückkehren. Mitte März hätte Herr Regierungsdirektor Goehrke sein 50jähriges Dienstjubiläum begehen können.

Georg Obft 60 Jahre.

Am 26. Februar wurde der Ordinarius für Volks- und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Breslau, Prof. Dr. Georg Obft, 60 Jahre alt. Der Jubilar, ein gebürtiger Breslauer, hat sich 1896 an der Handelschule Berlin habilitiert, um dann bis 1913 im Vorstand der Mittelschulischen Wirtschaftsschule tätig zu sein. Nach vorübergehender Vertretung an der Handelschule Leipzig habilitierte er sich an der Universität Breslau, war dann bis 1919 als Regierungsrat Vorsteher des Sächsischen Kriegswarenamtes. 1919 wurde er zum a. o. Professor an der Universität Breslau ernannt, bis ihm 1928 der ordentliche Lehrstuhl übertragen wurde. Prof. Obft hat eine Reihe betriebswirtschaftlicher und die Gebiete des Geld-, Bank- und Börsenwesens betreffender, viel beachteter Arbeiten veröffentlicht.

*

Regierungsdirektor Wirths beim Landratsamt in Vansberg (Borthe) — früher in Jüllichau — wurde an das Landratsamt in Johannsburg in Ostpreußen versetzt.

Professor Fritz Eichholtz in Königsberg ist zum ordentlichen Professor der Pharmakologie an der Universität Heidelberg als Nachfolger von Professor W. Heubner ernannt worden.

Professor Heinz Rindermann, der Ordinarius für deutsche Sprache und Literatur an der Danziger Cechischen Hochschule, wurde eingeladen, am Goethe-Institut in Rom (Istituto italiano di studi germanici) im April eine Reihe von Vorlesungen zu halten.

